

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
178 · Ausgabe CH · August 2018
AZB 3001 Bern



25.11.18

BEVÖLKERUNG UNTER
GENERALVERDACHT
NEIN ZU PRIVATEN
VERSICHERUNGSSPIONEN



DIE SCHWEIZ
MACHT
NICHT
MIT.

NEIN

ZUR ANTI-MENSCHENRECHTS-INITIATIVE



Grundrechte verteidigen

Gleich zwei Vorlagen haben es am 25. November auf unsere Grundrechte abgesehen: die Anti-Menschenrechts-Initiative und das Gesetz zur Überwachung von Versicherten. Verteidigen wir unsere Grundrechte an der Urne und lehnen wir die Vorlagen ab! Seiten 2, 4 und 5

INITIATIVE

Maximal 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden: Das verlangt unsere neue Initiative, die am Parteitag lanciert wird. Seiten 6 und 7

LANDESSTREIK

Ein neues Buch zum Landesstreik will Leerstellen in der Geschichtsschreibung füllen. «links» hat die Autoren Roman Rossfeld und Christian Koller zum Gespräch getroffen. Seiten 14 und 15

Liebe Genossinnen und Genossen
Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



Am 25. November müssen wir an der Urne unsere Grundrechte verteidigen. Denn an diesem Abstimmungssonntag stimmen wir gleich über zwei Vorlagen ab, die diese Grundrechte aushöhlen wollen.

Die erste Vorlage ist die Anti-Menschenrechts-Initiative der SVP. Die Initiantinnen und Initianten versprechen uns, bei einer Annahme könnten wir wieder mehr selber bestimmen. Tatsächlich geht es ihnen darum, die Europäische Menschenrechtskonvention auszuhebeln. Und bei einer Annahme der Initiative könnte es auch tatsäch-

lich zu einer Kündigung dieser Konvention kommen. Das müssen wir mit allen Mitteln verhindern. Denn sie bietet uns mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einen Ort, wo wir unsere Grundrechte einfordern können. Und diesen Ort dürfen wir uns nicht nehmen lassen!

Eine, die vor acht Jahren an den Gerichtshof in Strassburg gelangte, war Savjeta Vukota-Bojic. Sie klagte, nachdem ihre Unfallversicherung sie verdeckt überwacht und dadurch ihre Privatsphäre verletzt hatte. Im Oktober 2016 bekam Frau Vukota-Bojic Recht und der Gerichtshof für Menschenrechte rügte die Schweiz, weil sie keine gesetzliche Grundlage für die Observation von Versicherten hatte. Hier kommen wir zur zweiten Vorlage, über die wir am 25. November abstimmen. Es handelt sich dabei nämlich um diese gesetzliche Grundlage, die das Parlament darauf im Eiltempo ausarbeitete. Nun gibt es gegen eine solche im Prinzip nichts einzuwenden. Das Problem ist aber: Das Gesetz ist völlig unverhältnismässig geworden. Es will die Überwachungskompetenzen von Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung, SUVA oder IV massiv ausweiten. Versicherungsdetektive sollen im Auftrag einer Versicherung neu in Wohnzimmer und auf Balkone spähen und – mit richterlichem Beschluss – sogar GPS-Tracker an Autos kleben oder Drohnen zur Standortbestimmung einsetzen können. Das ist weit mehr, als die Polizei zur Überwachung von Kriminellen darf!

Auch diese Vorlage beschneidet unsere Grundrechte auf absolut unzulässige Art und Weise und muss abgelehnt werden.

Neben den oben angeführten gibt es weitere Argumente, die eindeutig gegen die beiden Vorlagen sprechen – ihr findet sie auf der nächsten Doppelseite. Wichtig ist, dass wir unsere Grundrechte am 25. November an der Urne verteidigen und zweimal Nein sagen. Jede Stimme zählt, ich zähle auf euch!

Herzliche Grüsse

Andrea Bauer, Chefredaktorin «links»

INHALT

- 2–3 **Aktuell**
- 4–5 **Abstimmungen**
**Zwei Nein,
ein Ja am 25. November**
- 6–7 **Aktiv**
**Am Parteitag vom 1./2. Dezember
lancieren wir unsere neue
Initiative!**
von Barbara Gysi
- 8 **Positionen**
**Der Bundesrat lehnt die
Transparenzinitiative ab**
von Nadine Masshardt
- 9–12 **Kantone**
Die Seiten der Kantonalparteien
- 13 **Debatte**
**Schweizer*in sein –
was heisst das?**
- 14–15 **Interview**
**Roman Rossfeld und Christian
Koller über ihr neues Buch
zum Landesstreik**
von Gisela Nyfeler
- 16–17 **Positionen**
**«Toxische Männlichkeit»:
Echte Männer weinen nicht**
von Tamara Funicello
- 18 **Aktiv**
**Neue Wege:
Engagierte Brückenbauerin**
von Andrea Bauer
- 19 **Veranstaltungen**

Delegierte sagen Ja zu STAF

An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 29. September in Olten haben die Delegierten nach intensiver Debatte mit 148 zu 68 bei 5 Enthaltungen



die Ja-Parole zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) beschlossen. Nach der Diskussion um die STAF-Vorlage fassten die Delegierten die Ja-Parole zur Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere» (Hornkuh-Initiative), die am 25. November 2018 zur Abstimmung kommt (siehe Seite 5).

SP unterstützt allfällige Initiative

An der Versammlung in Olten sprachen sich die Delegierten ausserdem dafür aus, eine allfällige Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer («Kor-



rektur-Initiative») zu unterstützen. Die Initiative wurde als Reaktion auf die Pläne des Bundesrats angekündigt, die Kriegsmaterialverordnung zu lockern und damit Waffenexporte auf Länder auszudehnen, in welchen interne Konflikte herrschen. In der Herbstsession nahm der Nationalrat eine Motion an, die die Kompetenz für die Bewilligung von Waffenexporten vom Bundesrat auf das Parlament verschieben will. Damit wären Änderungen der Waffenexportpraxis neu referendumsfähig. Die Bevölkerung könnte künftig Waffenexporte in Bürgerkriegsländer, wie sie der Bundesrat jüngst beschlossen hat, per Referendum verhindern. Ob die Initiative schliesslich lanciert wird, hängt davon ab, wie sich der Ständerat zur nationalrätlichen Motion stellt.

Atomwaffenverbot: Kommission für Beitritt

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats hat auf Antrag von SP-Nationalrat Carlo Sommaruga deutlich für einen sofortigen Beitritt der Schweiz



zum Atomwaffen-Verbotsvertrag gestimmt. Dieses wichtige Zeichen für Frieden und Abrüstung ist innenpolitisch eine Niederlage für Bundesrat Cassis. Aus unverständlichen Gründen hatte der Aussenminister von einem Atomwaffenverbot – für das sich die Schweiz seit jeher einsetzt – Abstand genommen. Die Aussenpolitische Kommission korrigiert nun den Schlingerkurs von FDP-Bundesrat Cassis und bringt die Schweizer Aussenpolitik zumindest in dieser Frage wieder auf den richtigen Weg.

Vorstösse zu Gewalt an Frauen

Die SP-Fraktion hat in der Herbstsession ein Vorstosspaket zu Gewalt gegen Frauen eingereicht. Mit ihren Vorstössen fordern die SP-Nationalrätinnen und



-Nationalräte unter anderem bessere Statistiken, Präventions- und Sensibilisierungskampagnen sowie einen verstärkten Schutz von gewaltbetroffenen Frauen. Erfreulich ist die Annahme der Gewaltschutzvorlage von Bundesrätin Simonetta Sommaruga durch das Parlament in der gleichen Session. Die Vorlage verbessert die Situation von Opfern häuslicher Gewalt und Stalking-Betroffenen.



Christian Levrat,
Präsident SP Schweiz

99%-Initiative: Wir sind gefordert!

Die SP unterstützt die 99%-Initiative der Juso – und zwar aus gutem Grund: Die Initiative besteuert Kapitaleinkommen gerecht und entlastet damit jene 99% Prozent der Bevölkerung, welche für ihr Einkommen arbeiten müssen. Doch damit die 100 000 Unterschriften zusammenkommen, braucht es noch einen Effort. Auch und gerade von uns. Darum meine Bitte: Unterschreibe den Bogen, der dieser «links»-Ausgabe beiliegt – und lass am besten auch gleich noch deine Nachbarn, Bekannten und Verwandten mit unterschreiben. Viele Lohnabhängige in der Schweiz haben heute nicht genug Geld zum Leben. Explodierende Krankenkassenprämien und steigende Mieten reissen Löcher in die Portemonnaies. Keine finanziellen Sorgen hat derweil das reichste Prozent: Es besitzt 40 Prozent des Schweizer Gesamtvermögens. Durch Kapitaleinkommen wird es – ohne einen Finger zu rühren – noch reicher. Hier setzt die 99%-Initiative an: Sie will Kapitaleinkommen wie Zinsen oder Dividenden über einem bestimmten Freibetrag – beispielsweise 100 000 Franken pro Jahr – anderthalbmal so stark besteuern wie Arbeitseinkommen. Der dadurch erzielte Mehrertrag wird verwendet, um die Einkommenssteuern für Personen mit tiefen und mittleren Arbeitseinkommen zu senken. Damit sorgt die Initiative für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands in der Schweiz. Denn der Verkäufer, die Bauführerin, der Polizist oder die selbstständige Designerin – sie alle arbeiten, um ihr Einkommen zu erzielen. Die Superreichen lassen derweil «ihr Geld für sich arbeiten». Doch Geld arbeitet nicht, die Zinsgewinne, Dividenden oder Wertsteigerungen auf Immobilien müssen von uns erarbeitet werden. Die Schweiz ist Spitzenreiterin im Steuerwettbewerb, sowohl international wie interkantonal. Mit der STAF-Vorlage (s. Text links oben) geben wir ein Stück weit Gegensteuer, aber das reicht natürlich noch nicht. Die 99%-Initiative geht weiter: Sie reduziert die Kapitalflucht vom Ausland in die Schweiz. Und sie schafft erstmals zumindest eine teilweise Harmonisierung der Kapitalbesteuerung zwischen den Kantonen. Noch sind allerdings all diese Szenarien Wunschenkommen. Noch ist die Initiative nicht zustande gekommen. 100 000 Unterschriften sammeln sich nicht von allein. Ohne Schweiss und Anstrengung gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Vor allem wir als SP können und müssen noch mehr leisten. Darum: Unterstütze auch du die Initiative! Der Unterschriftenbogen liegt dieser links.ch-Ausgabe bei. Jede einzelne Unterschrift ist eine Unterschrift für eine gerechtere Steuerpolitik.

DIE SCHWEIZ MACHT NICHT MIT.



NEIN ZUR ANTI-MENSCHENRECHTS-INITIATIVE

Ein Frontalangriff auf die Menschenrechte

WIR ALLE HABEN AM 25. NOVEMBER DIE WAHL: STEHEN WIR AUF DER SEITE DER-JENIGEN, DIE NATIONALE EIGENINTERESSEN ÜBER DEN INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTSSCHUTZ STELLEN? ODER SAGEN WIR: NEIN, DIE SCHWEIZ MACHT HIER NICHT MIT? DIE SP SAGT GANZ KLAR NEIN ZU DIESEM FRONTALANGRIFF AUF DIE MENSCHENRECHTE.

Angeblich geht es um die direkte Demokratie und «Selbstbestimmung». Doch diese Initiative ist ein Frontalangriff der SVP auf den Menschenrechtsschutz. Damit steht sie nicht alleine da. Weltweit untergraben Länder und Machthaber aus nationalistischen Eigeninteressen den internationalen Menschenrechtsschutz: Wladimir Putin hat 2015 ein Gesetz unterzeichnet, wonach sich Russland nicht mehr an internationale Urteile zum Thema Menschenrechte halten muss. Parallel zur Ausrufung des Ausnahmezustands hat der türkische Präsident Erdogan 2016 die Aussetzung der EMRK angekündigt. Und die Trump-Regierung hat im Sommer 2018 beschlossen, dass die USA aus dem UNO-Menschenrechtsrat austreten sollen.

Gerade heute ist ein starkes Bekenntnis zu den Menschenrechten also wichtiger denn je. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die Schweiz bezüglich internationalem Menschenrechtsschutz an solchen Beispielen orientiert und damit zu einer Insel in Europa wird.

Powerplay der Mächtigen

Das internationale Recht schützt kleine Länder wie die Schweiz vor ausufernder Machtpolitik der Weltmächte. Es liegt deshalb – gerade jetzt mit dem Wiedererstarken von Nationalismus und Rechtspopulismus – in unserem ureigenen Interesse, internationale Regeln zu schützen und zu achten. In einer Welt, in der solche Regeln fehlen, bestimmen Herrscher wie Trump, Putin und Erdogan den Lauf der Dinge.

Weil Grundrechte schützenswert sind

International abgesicherte Menschenrechte schützen Bürgerinnen und Bürger vor Willkür durch den Staat. Das internationale Recht und insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) hat den Menschen der Schweiz wichtige Errungenschaften beschert (z.B. Frauenstimmrecht, Entschädigung von Asbest-Opfern, Abschaffung der administrativen Versorgung). Die Initiative stellt die Errungenschaften der EMRK in Frage. Dass diese im 20. Jahrhundert auf dem europäischen Kontinent entstanden

ist, ist kein Zufall: Die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs haben die Staaten dazu veranlasst, sich selbst gewisse Schranken aufzuerlegen. Es sollte nie mehr dazu kommen, dass Staaten ihre Interessen höher gewichten als die Grundrechte jedes und jeder Einzelnen. Und nun greift die SVP die Menschenrechte und damit unsere Grundrechte an. Diesen Angriff dürfen wir nicht zulassen.

DARUM GEHT ES

Die Anti-Menschenrechts-Initiative (offiziell «Schweizer Recht statt fremde Richter» oder auch «Selbstbestimmungsinitiative») wurde 2016 von der SVP eingereicht. Die Initiative verlangt, dass Schweizer Recht gegenüber Völkerrecht (internationalen Verträgen) immer Vorrang hat. Bei einem Ja würden die Behörden verpflichtet, internationale Verträge anzupassen und nötigenfalls zu kündigen, falls sie in Konflikt mit der Bundesverfassung stehen. Unser Bundesgericht dürfte sich nur noch auf diejenigen internationalen Verträge berufen, die zum Genehmigungszeitpunkt dem Referendum unterstanden.

www.nein-im-november.ch/ami

NEIN ZU VERSICHERUNGSSPIONEN

Bevölkerung unter Generalverdacht

VERSICHERUNGEN SOLLEN KÜNFTIG MEHR MITTEL ZUR ÜBERWACHUNG VON VERSICHERTEN HABEN ALS DIE POLIZEI ZUR ERMITTLUNG VON STRAFTÄTERN. DAS GESETZ ZUR ÜBERWACHUNG VON VERSICHERTEN ERMÖGLICHT EINE SEHR ENGE, IN DIE PRIVATSPHÄRE EINDRINGENDE OBSERVATION – OHNE DASS EIN RICHTER DIESE EINGRIFFE ERST BEWILLIGEN MÜSSTE.

Künftig können Leistungsempfängerinnen und -empfänger beispielsweise von Krankenkassen, der Invalidenversicherung oder der Suva observiert werden. Das revidierte Gesetz ist damit von enormer Tragweite. Versicherungsspione dürfen beispielsweise jemanden auf dem Balkon oder in seiner Wohnung fotografieren oder filmen, solange dies vom öffentlichen Grund aus gemacht werden kann. Mit richterlicher Bewilligung können sie auch Instrumente zur Ortung der Versicherten, wie Drohnen oder GPS-Tracker, zu Hilfe nehmen.

Die Polizei hingegen darf nicht einmal Angehörige terroristischer Organisationen ohne richterlichen Beschluss überwachen. Mehr noch: Die Versicherungen sind zudem völlig frei, selbst zu entscheiden, wen sie überwachen lassen – es entscheiden also diejenigen mit dem grössten Interesse an einer Überwachung.

Gegenseitige Misstrauenskultur

Die beschlossenen Grundlagen zur Überwachung von Versicherten reihen sich ein in eine Liste von Gesetzesänderungen, die in den letzten Jahren von der rechtsbürgerlichen Mehrheit durch das Parlament gepeitscht wurden. Das Ziel ist stets dassel-

be: Der Sozialstaat wird systematisch geschwächt. Mit der vorliegenden Änderung werden Bürgerinnen und Bürger gegeneinander aufgebracht und Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, unter Generalverdacht gestellt, entwürdigt und entwertet. Ihnen weht eine soziale Kälte entgegen, die ihr Leben noch schwerer macht. Gleichzeitig werden Privilegierte konsequent bevorzugt. Wie ist es zu erklären, dass die verschärfte Überwachung nur für die Leistungen der Sozialversicherungen gilt, nicht aber bei Subventionen oder Steuern? Gerade bei Steuerhinterziehung werden in der Schweiz gerne beide Augen zugedrückt. Selbstverständlich soll gegen jeglichen Missbrauch vorgegangen werden. Das vorliegende Gesetz geht jedoch eindeutig zu weit.

Angriff auf die Grundrechte

Die verdeckte Überwachung von Personen stellt einen schweren Eingriff in das Recht auf Privatsphäre dar. Die Bekämpfung von Versicherungsmissbrauch ist ein wichtiges Anliegen, und Betrugsfälle müssen verhindert werden. Das Gesetz ermächtigt aber die Sozialversicherungen zu Grundrechtseingriffen, welche selbst bei der Verfolgung von Verbrechen in dieser Form nicht zu-

lässig sind. Das grundlegende Prinzip der Verhältnismässigkeit wird mit dieser Revision bedroht, denn wo Strafverfolgungsbehörden verschiedene Faktoren abwägen müssen, haben Versicherungen dank weit gefassten Blankonormen einen immensen Handlungsspielraum. Dies ist schlicht unverhältnismässig. Es ist klar, dass sich bei dieser Vorlage die Mehrheit des Parlaments auf fahrlässige Weise den Forderungen der Versicherungslobby gebeugt hat.

DARUM GEHT ES

Im Sozialversicherungsrecht soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden (Art. 43a ATSG), die es künftig allen Sozialversicherungen erlaubt, Versicherte bei Verdacht auf unrechtmässigen Leistungsbezug durch Detektive observieren zu lassen. Mit richterlicher Genehmigung sind auch technische Geräte zur Standortbestimmung erlaubt. Die Kompetenz für die Anordnung einer Überwachung wird den Direktionsmitgliedern der Versicherungen übertragen. Die vom Parlament beschlossenen Überwachungsmöglichkeiten betreffen nicht nur die IV, sondern auch die Krankenkassen sowie die Unfall- und die Arbeitslosenversicherung.

www.nein-im-november.ch/versicherungsspione

JA ZUR HORNKUH-INITIATIVE

Unterstützenswertes Anliegen

DIE INITIATIVE WILL, DASS WENIGER KÜHE, STIERE, ZIEGEN UND ZIEGENBÖCKE ENTHORNT WERDEN. DIESES ANLIEGEN IST UNTERSTÜTZENSWERT.

Laut den Initiantinnen und Initianten ist die Enthornung von Tieren schmerzhaft und problematisch, da die Hörner im Sozial- und Kommunikationsprozess der Tiere eine wichtige Rolle spielen. Zwar kann die wissenschaftliche Forschung zu diesem Thema

keine gültigen Aussagen machen, aber das Anliegen der Initiantinnen und Initianten ist trotzdem unterstützenswert. Dies nicht zuletzt deshalb, weil mit der Initiative Enthornungen nicht verboten werden sollen, sondern die arbeits- und platzintensivere Haltung von behornten Tieren bloss abgegolten werden soll. Die Kosten bei einem Ja würden sich auf weniger als 1 Prozent des gesamten Agrarbudgets belaufen, und spielen hier also eine untergeordnete Rolle.

DARUM GEHT ES

Die Initiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere» wurde von Bäuerinnen und Bauern um Armin und Claudia Capaul eingereicht. Sie will in der Bundesverfassung verankern, dass die Haltung von behornten Kühen, Zuchtstieren, Ziegen und Zuchtziegenböcken finanziell unterstützt wird.

Bei den Prämien entlasten

AM PARTEITAG VOM 1./2. DEZEMBER WOLLEN WIR EINE VOLKSINITIATIVE ZUR ENTLASTUNG VON FAMILIEN UND ALLEINSTEHENDEN LANCIEREN. SIE VERLANGT, DASS KÜNFTIG MAXIMAL 10 PROZENT DES VERFÜGBAREN EINKOMMENS FÜR DIE KRANKENKASSENPRÄMIEN AUFGEWENDET WERDEN MÜSSEN. ZUR FINANZIERUNG SOLL DER BUND VON SEINEN ÜBERSCHÜSSEN ZUSÄTZLICHE MITTEL BEREITSTELLEN.

Die Gesundheitskosten und nicht zuletzt auch die hohen Krankenkassenprämien gehören zu den grössten Sorgen der Bevölkerung. Viele können die Krankenkasse kaum bezahlen. Denn während sich seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) 1996 die Krankenkassenprämien mehr als verdoppelt haben, sind die Löhne kaum gestiegen.

Die Prämienverbilligung – bei der Einführung des KVG als Korrektiv zu den unsozialen Kopfprämien geschaffen – reicht bei weitem nicht. In den Kantonen wurde sie zudem teil-

weise in heftigen Sparrunden zusammengestrichen. Vom ursprünglich avisierten Sozialziel von maximal 8 Prozent Haushaltsbelastung durch die Krankenkassenprämien sind wir heute weit entfernt. Auskunft darüber gibt der Monitoringbericht des Bundesamts für Gesundheit. Dieser zeigt für 2014 über alle Modellhaushalte Belastungen von weit über 10 Prozent. Allerdings sind die kantonalen Unterschiede riesig: Während das Sozialziel in Zug mit einer durchschnittlichen Belastung von 7 Prozent erreicht wird, verschlingen im Kanton Bern die Krankenkassenprä-



Barbara Gysi,
Nationalrätin SG

mien durchschnittlich 17 Prozent des verfügbaren Einkommens. In Basel muss eine Familie mit zwei Jugendlichen rund 20 Prozent ihres verfügbaren Einkommens aufwenden.

Sozialziel in der Verfassung

Mit solch unsozialen Belastungen soll nun Schluss sein, es muss ein Sozialziel in der Verfassung verankert werden: Maximal 10 Prozent des verfügbaren Einkommens – unter Berücksichtigung des Vermögens – soll die Belastung durch die Krankenkassenprämien künftig noch betragen. Gleichzeitig verlangen wir eine stärkere und fixe Beteiligung durch den Bund. Zwei Drittel der Kosten für die Prämienverbilligung sollen vom Bund getragen werden, der damit die Hauptlast der zusätzlichen Kosten übernimmt.

Der Initiativtext soll am Parteitag genehmigt werden. Wir haben ihn bewusst kurz gehalten. Das Sozialziel von 10 Prozent Belastung sowie der Finanzierungsschlüssel sind die wesentlichen Inhalte. Mehr gehört nicht in die Verfassung. Damit aber klar ist, wie wir uns die Umsetzung vorstellen, skizzieren wir diese in einem Umsetzungskonzept. Denn es ist entscheidend, welche Annahmen man trifft.

Details im Umsetzungskonzept

Welche Prämie und welche Franchise sind relevant? Das wissen alle, die sich jeden Herbst nach dem Prämienschub von neuem informieren. Wir gehen von der vom BAG angenommenen Standardprämie aus und orientieren uns an der ordentlichen Franchise von 300 Franken. Als Einkommen ziehen wir die steuerbaren Einkünfte gemäss Steuererklärung heran. Abzugsberechtigt sind allein Familie und Alleinerziehende. Vermögen soll zu einem Fünftel berücksichtigt werden. Ebenfalls definieren wir eine Obergrenze, über welcher keine Prämienverbilligung mehr gewährt werden soll.

Mit all diesen Prämissen errechnen wir für die Prämienentlastungs-



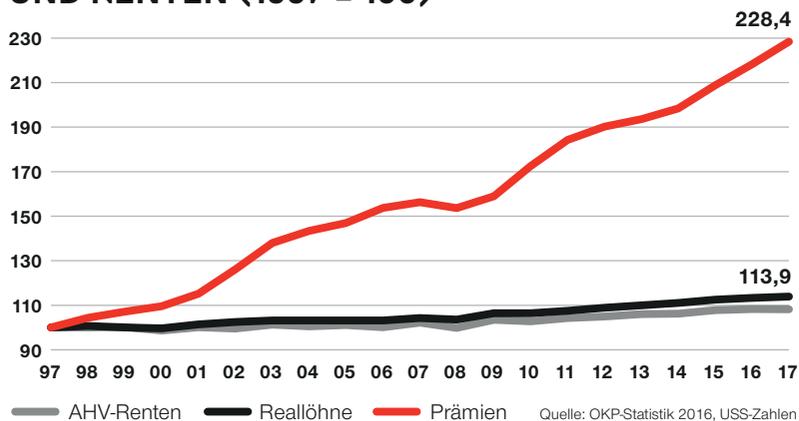
Die hohen Krankenkassenprämien gehören zu den grössten Sorgen der Bevölkerung.

initiative Mehrkosten von rund 3,5 Milliarden Franken. Mit diesem Betrag werden Familien und Alleinstehende in unteren und mittleren Einkommensklassen entlastet. Das Gesparte fließt zurück in unseren Wirtschaftskreislauf und stärkt die Kaufkraft. Und es ermöglicht diesen Menschen ein besseres Leben.

Die Initiative der SP setzt bei der Belastung der Menschen an, weil sie unter den hohen Krankenkas-

senprämien enorm leiden. Selbstverständlich unterstützen wir auch sinnvolle kostendämpfende Massnahmen und die Beseitigung von tarifarischen Fehlanreizen. Doch einen Behandlungsstopp, wie sie die CVP mit ihrer Initiative für eine Kostenbremse fordert, lehnen wir ab. Die CVP-Initiative ist eine Blackbox und fördert eine Zweiklassenmedizin.

ENTWICKLUNG DER PRÄMIEN, LÖHNE UND RENTEN (1997 = 100)



Während sich die Prämien seit der Einführung des KVG 1997 mehr als verdoppelt haben, sind die Löhne und Renten nur schwach gestiegen.

PARTEITAG IN BRUGG/WINDISCH

Am Wochenende vom 1./2. Dezember findet in Brugg/Windisch der Parteitag der SP Schweiz statt. Neben der Lancierung der «Prämienentlastungs-Initiative» wird an diesem Parteitag das Wirtschaftskonzept «Unsere Wirtschaft» verabschiedet, über das im «links» mehrmals berichtet wurde. Zum ersten Entwurf sind vonseiten der Sektionen, Kantonalparteien und Organe 136 Anträge eingegangen. Die Anträge werden von der Geschäftsleitung bearbeitet, und Ende Oktober wird eine überarbeitete Version des Konzepts an die Delegierten verschickt.

Weitere Informationen: www.spschweiz.ch/parteitag2018

JETZT FÜR DAS PARTEITAGSFEST ANMELDEN!

Am Samstagabend, 1. Dezember, findet ab 19 Uhr das traditionelle Parteitagstfest im Campus Restaurant (in unmittelbarer Nähe des Campus-saals) statt. Das Parteitagstfest bietet die Möglichkeit für Gespräche mit Genossinnen und Genossen aus der ganzen Schweiz und den persönlichen Austausch mit Mitgliedern der SP-Bundeshausfraktion sowie mit internationalen Gästen. Die Band Frank Powers, die ihre Wurzeln im Kanton Aargau hat, wird mit ihrem musikalischen Potpourri aus diversen Stilen der Popmusik für Unterhaltung sorgen. Daneben freuen wir uns auf die Wortspiele des Kabarettisten und Spoken-Word-Künstlers Simon Chen. Und last but not least werden zu später Stunde für alle Nachtschwärmerinnen und Nachtschwärmer feine Drinks an der roten CampusBar gemixt.

Anmeldung bis 15. November unter www.spschweiz.ch/parteitag2018



Rebekka Wyler,
Co-General-
sekretärin der
SP Schweiz

Gemeinsam machen wir den Unterschied!

Im kommenden Frühling wird im Kanton Zürich gewählt. Wiederum kommt die Basiskampagne zum Zug: Obwohl auch «Telefonkampagne» genannt, geht es um viel mehr als nur ums Telefonieren: «Wir sprechen mit den Menschen, nicht über sie» lautet unser Slogan. Auch ausserhalb von Wahlkampagnen muss dies unser Ziel sein: Wir wollen wissen, wo die Leute der Schuh drückt, welche Themen sie wichtig finden und was sie von der Politik erwarten. Denn gerade in finsternen Zeiten gilt: Nur wenn wir nahe bei den Menschen und selber bereit sind, uns zu engagieren, können wir etwas bewirken. Der Gang der Welt beunruhigt viele. Umso wichtiger ist es, gemeinsam auf Veränderungen hinzuwirken.

Doch zurück ans Telefon: Auf diesem Weg oder auch an der Haustür holen wir potenzielle Wählerinnen und Wähler ab und fragen, was ihre Wünsche und Anliegen sind. Schon das Telefonieren kostet manche Überwindung – wie sieht es dann erst mit dem Läuten an der Tür aus? Im Frühling habe ich an einer Door-Knocking-Aktion für die Zürcher Gemeinderatswahlen teilgenommen und festgestellt: Wir waren viele – und es sind Leute gekommen, die niemals freiwillig ein Telefon in die Hand nehmen würden, aber gerne bereit sind, sich mit Wildfremden an der Haustür zu unterhalten. Auch ich hatte zahlreiche positive Erlebnisse. Eine junge Frau lud mich zum Tee ein und erzählte mir aus ihrem Leben. Man kann einwenden, diese Form des Kontakts sei ineffizient, da zeitaufwändig. Ich bin aber überzeugt, dass ein persönliches Gespräch den nachhaltigeren Eindruck hinterlässt als ein hastig in die Hand gedrückter Flyer. Für die «heisse Phase» kommt dann wieder das Telefon zum Zug: Möglichst viele Menschen werden an den Wahltermin erinnert und fischen zum Teil ihr Wahlcouvert wieder aus dem Altpapierstapel.

Ziemlich genau in einem Jahr sind nationale Wahlen. Wir wollen die rechtsbürgerliche Mehrheit in Bundesbern knacken, im Interesse von breiten Bevölkerungsschichten: Für alle statt für wenige! Nur mit unserem Engagement gibt es tiefere Krankenkassenprämien, mehr Gleichstellung, Arbeit und Ausbildung für alle sowie den ökologischen Umbau. Andere Parteien finanzieren sich durch Gelder von Firmen oder reichen Einzelpersonen. Wir haben keine Millionen, aber wir haben Zehntausende von engagierten Mitgliedern. Mach auch du mit – gemeinsam machen wir den Unterschied!

Stärkung der Demokratie statt durchsichtige Ausreden

UNEINGESCHRÄNKT STELLT SICH DER BUNDESRAT HINTER DIE INTRANSPARENTE POLITIK-FINANZIERUNG IN DER SCHWEIZ. DIE ABLEHNUNG DER TRANSPARENZ-INITIATIVE DURCH DIE LANDESREGIERUNG KOMMT NICHT ÜBERRASCHEND, BEFREMDET ABER SEHR.

Der Bundesrat hat sein Nein zur Transparenz-Initiative bekräftigt und Ende August die dazugehörige Botschaft ans Parlament veröffentlicht. Damit will er definitiv auch keinen Gegenvorschlag zur Volksinitiative von BDP, EVP, Grünen, Piratenpartei, SP und Transparency International Schweiz. Sprich: Die Landesregierung stellt sich uneingeschränkt hinter die aktuelle, intransparente Politikfinanzierung in der Schweiz.

Transparenz schafft Vertrauen in die Politik

Diese Haltung ist nicht nur erstaunlich, sondern vor allem befremdend. Denn der Bundesrat ist somit nicht nur dagegen, dass Geldflüsse und damit potenzielle Abhängigkeiten in der Politik offengelegt werden. Er politisiert auch am Volk vorbei: Offensichtlich lassen ihn die im Frühling in Schwyz und Freiburg gewonnenen kantonalen Abstimmungen zu den Transparenz-Initiativen der JUSO kalt. Ebenso stellt sich der Bundesrat mit seiner Verweigerungshaltung gegen alle – und zwar wirklich alle! – Umfragen der letzten Jahrzehnte zu diesem Thema. Schade, dass sich die Landesregierung hinter durchsichtigen Ausreden versteckt und sich weigert, die existierende und breit anerkannte Problematik ernsthaft anzugehen. Gerade der Bundesrat – und mit ihm die Politik als Ganzes – sollte ein riesiges Interesse daran haben, dass mögliche Abhängigkeiten bekannt werden. Denn vergessen wir nicht: In keinem anderen Land können Bürgerinnen und Bürger so oft abstimmen und wählen. Darauf sind wir – wie auch der Bundesrat – zu Recht stolz. Doch gerade darum ist es wichtig, dass bei all diesen Urnengängen und Wahlen mit offenen Karten gespielt wird. Das sieht der Bundesrat leider anders. Für uns ist klar: Als Basis für die Entscheidung

an der Stimm- und Wahlurne hat die Stimmbevölkerung das Recht zu wissen, welche grossen Geldgeberinnen und Geldgeber (konkret: ab 10 000 Franken) hinter Parteien oder Komitees stecken.

Das letzte Land in Europa ohne Transparenz-Regelung

Greco, die Anti-Korruptions-Behörde des Europarates, hat die Schweiz im August punkto fehlender Transparenz in der Parteienfinanzierung einmal mehr gerügt. Sie bedauert, dass die Schweizer Behörden keine Gesetzesänderungen für mehr Transparenz bei der Finanzierung von Parteien sowie Wahl- und Abstimmungskampagnen anstreben. Weiter erwähnte der Greco-Bericht explizit die politisch breit abgestützte Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» sowie den Erfolg der JUSO-Initiativen in den Kantonen Freiburg und Schwyz. Laut Greco zeigt dies, dass es auch in dem angeblich besonderen politischen Kontext der Schweiz möglich ist, Lösungen zu finden. Der Bundesrat dagegen versteckt sich lieber hinter dem vermeintlich nicht mit Transparenz kompatiblen System. Ausgedeutet kann das nur heissen: Unser Land basiert auf Intransparenz, Abhängigkeit und Vetternwirtschaft. Doch das ist nicht unsere Schweiz.

Fliessen Millionen in Abstimmungs- oder Wahlkampagnen, kennen wir derzeit als einziges Land in Europa keine Pflichten, irgendwelche Informationen dazu zu veröffentlichen. Ein gravierendes offensichtliches Defizit. Bis heute gibt es nur Vermutungen und Gerüchte, welche Lobbys, Verbände oder Unternehmen hinter einer Abstimmungs- und Wahlkampagne oder einer Partei stecken. Klar ist nur: Hätte Geld keinen Einfluss, würde für Wahl- und Abstimmungskampagnen nicht immer mehr Geld

ausgegeben. Denn klar ist ebenfalls: Politische Argumente brauchen Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Und das kostet viel Geld.

Stimmbevölkerung darf sich erstmals äussern

Fazit: Geht es um Transparenz bei Parteifinanzien und Kampagnengeldern, operiert der Bundesrat leider mit durchsichtigen Ausreden, statt dass er sich einen Ruck geben würde, um unsere Demokratie zu stärken und für das 21. Jahrhundert fit zu machen. Nun liegt der Ball beim Parlament und dann – endlich und zum ersten Mal überhaupt – bei der Schweizer Bevölkerung.



Nadine Masshardt, Co-Präsidentin des Trägervereins der Transparenz-Initiative, ist Berner Nationalrätin und Vize-Präsidentin der SP-Fraktion



Wie geht es weiter in der Drogenpolitik?

WELCHE NEUEN WEGE ERFORDERT EINE ZUKUNFTSGERICHTETE DROGENPOLITIK? DIE SP STADT BERN LÄDT AM SAMSTAG, 24. NOVEMBER ALLE INTERESSIERTEN MITGLIEDER ZUM AUSTAUSCH MIT FACHPERSONEN EIN.

In der Drogenpolitik war die Schweiz lange Vorreiterin. Während den Neunzigerjahren kämpfte die SP gemeinsam mit anderen progressiven Kräften für innovative und pragmatische Lösungen, die eine menschenwürdige Drogenpolitik ermöglichen. Das sorgte international für Schlagzeilen und ergab die Viersäulenpolitik: Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression.

Vor 10 Jahren bestätigte die Stimmbevölkerung mit dem Betäubungsmittelgesetz diesen Kurs. Für Suchtkranke gibt es heute ein vielfältiges Betreuungsangebot. Die Öffentlichkeit muss nicht mehr über Beschaffungskriminalität und Spritzenabfälle auf Kinderspielflächen diskutieren. Im Kocherpark gibt es Sommerkonzerte statt einer offenen Drogenszene.

Diesen Erfolgen steht weitgehender Stillstand in anderen Bereichen gegenüber: Die Präventions-Säule kommt kaum vom Fleck. Bei der Frage der Cannabisregulierung geht es – nach mehreren Rückschlägen – nun endlich einen Schritt voran. Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren zur Schaffung eines «Experimentierartikels» im Betäubungsmittelgesetz eröffnet. Damit soll der Weg frei werden, um wissenschaftliche Pilotversuche zum regulierten Cannabisverkauf durchzuführen. Viele offene Fragen – etwa der Umgang mit Kokain – bleiben aber nach wie vor unbeantwortet. Und neue Trends im Konsum wie neue synthetische Drogen werden seit Jahren ignoriert.

Die Säule der Repression wirft weiterhin Fragen auf. Nachhaltige Erfolge gegen den Drogenhandel hat die Strafverfolgung keine erzielt. Stattdessen führt sie immer wieder zu neuen Problemen, wie Racial Profiling. Aber auch die Auseinandersetzungen zwischen Reitschule und Polizei haben in den meisten Fällen ihren Ursprung in der Repression.

Heute fehlen drogenpolitische Perspektiven, die über die Fachkreise hinausstrahlen und auf der politischen Ebene breiten Widerhall finden. Die Tagung «zukunftsgerichtete Drogenpolitik» will hier

Abhilfe schaffen und Austauschmöglichkeiten bieten.

Expert*innen aus Forschung, Sucht- und Gassenarbeit berichten in Inputreferaten und auf dem Podium über die heutige Situation, skizzieren Probleme und Chancen und formulieren ihre Forderungen und Erwartungen an die Politik. Ziel der Veranstaltung ist eine Standortbestimmung für uns als SP: Wo sind neue Massnahmen nötig und möglich? Wie sieht eine zukunftsgerichtete Drogenpolitik aus?

Stefan Müller, AG Drogenpolitik SP Stadt Bern

TAGUNG «ZUKUNFTSGERICHTETE DROGENPOLITIK» AM 24. NOVEMBER 2018

10 bis 16 Uhr, PROGR Bern

Es diskutieren:

- Thilo Beck, ARUD Zürich
- Sandro Cattacin, Eidg. Kommission für Suchtfragen, Universität Genf
- Rahel Gall, Contact Bern
- Stefanie Knocks, Fachverband Sucht
- Ray Knecht, Fachgruppe Gassenarbeit Avenir Social, Dozent
- Marieke Kruit, Stadträtin SP Bern, eidg. anerkannte Psychotherapeutin

Moderation: Flavia Wasserfallen, Nationalrätin SP

Detailprogramm sowie Anmeldung unter: drogenpolitik2018.ch

Für die Teilnahme inklusive Verpflegung wird ein Unkostenbeitrag von 50 Franken erhoben.



VoltaNord – Ein lebendiges Quartier für Basel

WO HEUTE EIN WENIG GENUTZTES GEWERBE- UND INDUSTRIEAREAL LIEGT, KANN MORGEN EIN NEUES QUARTIER ERBLÜHEN. MIT DEM WEGGANG DER FIRMA COOP UND DEN AUSLAUFENDEN MIET- UND BAUVERTRÄGEN ERGIBT SICH DIE MÖGLICHKEIT, DAS AREAL ZU EINEM LEBENDIGEN QUARTIER ZU ENTWICKELN: VOLTANORD.

Benjamin Plüss,
Präsident Sachgruppe
Stadtentwicklung und
Verkehr



Ein Plus für das Gewerbe

Die bestehenden Industrieflächen im Norden des Areals werden erhalten und qualitativ aufgewertet. Dadurch wird der Industrie mehr Fläche zur Verfügung stehen als vor der Arealentwicklung. Insgesamt sollen auf dem Areal bis zu 2500 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Bezahlbarer Wohnraum für Basel

Um der hohen Nachfrage nach Wohnraum im Kanton Basel-Stadt gerecht zu werden, ist auf der gegenüberliegenden Seite Wohnraum für

bis zu 1900 Personen geplant. Mindestens ein Drittel davon wird gemeinnützig verwaltet. Den Übergang zwischen der Wohnnutzung und der Industriefläche bildet ein Baufeld mit einer Mischnutzung. Dadurch werden die BewohnerInnen vor dem Industrielärm geschützt. Im Zentrum der Wohnflächen dient ein Quartierplatz den AnwohnerInnen als Erholungsraum. Zusätzlich wird die einzigartige Flora und Fauna entlang der Geleise neu als Naturschutzgebiet anerkannt und erhalten.

Mehr Platz für Kultur

Mit der Umnutzung des Verteilzentrums werden günstige Flächen für Kultur und Gewerbe geschaffen. Die künftigen NutzerInnen lassen erahnen, wie vielseitig das Gewerbe- und Kulturhaus werden wird: Neben dem alevitischen Kulturverein hat auch ein Betreiber von Kletterhallen einen Vorvertrag abgeschlossen. Als wichtiger Teil der Quartierinfrastruktur wird ein altes Lagerhaus zu



Quelle: Michi Nussbaumer

einem Schulhaus umgebaut. In diesem sollen zwölf Schulklassen und zwei Kindergärten untergebracht werden. Die dazugehörigen Turnhallen können am Abend lokalen Vereinen als wertvolle Trainingsstätte dienen.

Das neue VoltaNord wird ein lebendiges Quartier mit mehr Platz für bezahlbares Wohnen, mit mehr Platz für das Gewerbe und mehr Platz für Kultur. Deshalb sage ich «JA» zu VoltaNord!

Zwängerei auf Kosten des Verkaufspersonals



Lisa Mathys,
Grossrätin, gelernte
Detailhandels-
angestellte

Die BaslerInnen haben schon mehrfach klagemacht, dass sie keine längeren Ladenöffnungszeiten wollen: Zuletzt sagten 2013 rund 60% der Stimmenden Nein. Trotzdem versuchte die politische Rechte erneut, auf parlamentarischem Weg eine Verlängerung

zu erzwingen. Angeblich im Interesse einer Innenstadt-Belebung und einer Umsatzsteigerung im Detailhandel. Diese Argumente gehen aber nicht auf: Die Erfahrung ist längst gemacht, dass sich so der Umsatz höchstens sehr minim erhöht. Im Prinzip verteilt er sich einfach auf mehr Stunden. Grosse Ladennetzen mit viel Personal können das organisatorisch wohl stemmen – kleinere Läden mit wenig Personal können nicht mitziehen, geraten noch mehr unter Druck oder müssen schliessen. So wird die Innenstadt nicht lebendiger – im Gegenteil: Es sind genau die kleinen, lokalen Läden, die die Lebendigkeit ausmachen.

Ganz ausser Acht lassen zudem die befürwortenden Parteien die Interessen des Verkaufspersonals: Wer wie ich eine Berufslehre im Detailhandel gemacht hat, weiss, dass es bereits schwierig ist, die Arbeitszeiten in dieser Branche mit einem sozialen Umfeld oder sogar einer Familie zu vereinbaren. Zwei weitere Stunden am Samstagabend sind eine empfindliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Verkauf. Dies notabene für einen Berufsstand, der ohnehin alles andere als auf Rosen gebettet ist (tiefe Löhne, anspruchsvolle Arbeitszeiten, kein allgemeingültiger GAV). Ein weiteres klares Nein gehört also ins Abstimmungscover für den 25. November.

STADT LUZERN

Planen, planen, planen und nichts passiert – der Geduldsfaden ist gerissen

FÜNF JAHRE NACH DEM VOLKSENTSCHIED ZU EINER ATTRAKTIVEN UND AUTOFREIEN BAHNHOFSTRASSE IST IMMER NOCH NICHTS PASSIERT. DIE SP VERLANGT, DASS DIE BAHNHOFSTRASSE AN OSTERN 2019 AUTOFREI WIRD.



Claudio Soldati,
Präsident SP Stadt Luzern
und SP-Grossstadtrat



Nico van der Heiden,
SP-Grossstadtrat

Im Herbst 2013 hat die Stadtbevölkerung die SP-Initiative «Für eine attraktive Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern» angenommen. Die Initiative verlangt eine autofreie Strasse vom Luzerner Theater bis zur Einmündung in die Seebrücke. Anlässlich eines partizipativen Workshops im 2015 stellte die Stadt den Terminplan vor: Im Frühling/Sommer 2016 sollte der Grosse Stadtrat über den Pla-

nungskredit und Ende 2017 über den Projektierungskredit beschliessen. Als Baubeginn wurde der Sommer 2019 angegeben.

Heute ist die Strasse immer noch im gleichen, wenig erbaulichen Zustand wie am erfolgreichen Abstimmungssonntag. Seither wurde viel geplant, umgesetzt noch rein gar nichts. Weitere Verzögerungen in der Planung sind absehbar. Für die SP ist sonnenklar: Es geht nicht an, dass die Stadt Volksentscheide nicht so rasch wie nur irgend möglich umsetzt. Dies führt bei der Bevölkerung zu Recht zu grossem Unverständnis und Ärger. Der Geduldsfaden der SP ist gerissen!

Im August und September 2018 hat die SP/Juso-Fraktion zwei Vorstösse eingereicht. Die SP will wissen, wie es um den Planungsstand steht, welcher Zeitplan nun gilt und was die Gründe für die Verzögerungen sind. Der zweite Vorstoss – zusammen mit der

Grüne/junge Grüne- und der glp-Fraktion eingereicht – verlangt, dass zumindest die erste Etappe der autofreien Bahnhofstrasse nun unbürokratisch und ohne grossen Aufwand umgesetzt werden muss. Ab Karfreitag 2019 soll an der Bahnhofstrasse das Fahrverbot gelten. Weiter wird gefordert, dass ab Sommer 2019 ein Testbetrieb bezüglich alternativer Nutzungen läuft. Menschen und nicht Autos sollen ab nächstem Jahr die Bahnhofstrasse prägen. Bahnhofstrasse für alle statt für wenige!



«Alleinerziehend sein, gemeinsam das Leben meistern»

DER BERUFSSCHULLEHRER ROGER BAUMELER AUS LUZERN IST PRÄSIDENT UND GRÜNDUNGSMITGLIED DES VEREINS «ALLEINERZIEHENDE MÜTTER UND VÄTERER». SEIT 2016 ENGAGIERT SICH DIESE GRUPPE FÜR ALLEINERZIEHENDE UND IHRE KINDER IN LUZERN UND DER GANZEN ZENTRALSCHWEIZ. «LINKS.LU» SPRACHT MIT BAUMELER, DER SELBER ALLEINERZIEHENDER VATER VON ZWEI KINDERN IST. Interview: Sebastian Dissler

Lieber Herr Baumeler, wie kam es zur Gründung des Vereins?

Im Dezember vor zwei Jahren begann alles mit einer losen Gruppe von Alleinerziehenden, die sich durch soziale Medien austauschten und einander gegenseitige Hilfestellungen anboten. Als ich die Facebook-Gruppe «Alleinerziehende Luzern» eröffnete, starteten wir im kleinen Rahmen mit knapp einem Dutzend Mitgliedern. Diese Zahl wuchs stetig an und inzwischen sind wir bei über 170 Interessentinnen und Interessenten. Schnell verabredete man sich für gemeinsame Aktivitäten und unterstützte einander im Alltag. Die so entstandene Gemeinschaft von alleinerziehenden Müttern und Vätern wurde immer grösser. Auf ein gemeinsames Bräteln im Sommer folgten ein Ausflug in den Europapark, ein gemütliches Fondueessen, ein Weihnachtessen und schlussendlich feierten über zehn Alleinerziehende in einer Herberge im Hasliberg gemeinsam den Beginn des neuen Jahres. So ergab es sich fast zwangsläufig, dass die



Roger Baumeler mit Tochter und Sohn

Grösse und der Umfang der Aktivitäten gewisse Strukturen erforderten.

Bei welchen Schwierigkeiten will Ihr Verein Alleinerziehende unterstützen?

Alleinerziehend zu sein, ist für uns einfach eine der vielen Herausforderungen des

Lebens, die es positiv zu meistern gilt. Frei nach unserem Motto: Alleinerziehend sein, gemeinsam das Leben meistern. Wir können die soziale Isolation und viele Alltagsprobleme, die schnell zur Überforderung führen, etwas aufbrechen.

Was würden Sie sich von der Gesellschaft, von Vorgesetzten und von der Politik wünschen?

Oft einfach mehr Verständnis und Rücksichtnahme. Doch wir wollen nicht einfach einseitig fordern. Durch die Gemeinschaft, die durch unseren Verein entstanden ist, können wir viel dazu beitragen, dass die betroffenen Alleinerziehenden weniger in konflikträchtige Situationen geraten. Durch diesen Ansatz, dass man zuerst bei sich und im eigenen Umfeld nach Lösungen und Möglichkeiten suchen kann, erwirkt man schnell viel Positives im Alltag der alleinerziehenden Mütter und Väter. Aber es braucht natürlich auch gute Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.



DIE SP WAR WÄHREND 10 TAGEN AN DER MESSE PRÄSENT

Reden miteinander!

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DES KANTONS SOLOTHURN HAT ENDE SEPTEMBER AN DER 10-TÄGIGEN SOLOTHURNER HERBSTMESSE EINE PARFORCELEISTUNG HINGELEGT: MEHR ALS 300 MANN- BEZIEHUNGSWEISE FRAUSTUNDEN HABEN 37 GENOSSINNEN UND GENOSSEN IN 22 SCHICHTEN GELEISTET, UM UNSERE PARTEI DEN MENSCHEN ZU ZEIGEN – SO WIE SIE IST. INSGESAMT WURDEN ÜBER 1400 GESPRÄCHE GEFÜHRT, EINFACHERE UND ANSPRUCHSVOLLERE. DARAUSS RESULTIEREN GUT 350 NEUE SP-INTERESSIERTE MENSCHEN AUS DEM KANTON SOLOTHURN. DAS IST EIN SOLIDER ERFOLG. ICH SAGE GROSSEN DANK AN ALLE HELFERINNEN UND HELFER, WELCHE TEILS TÄGLICH ANWESEND WAREN.

Niklaus Wepfer,
Parteisekretär
niklaus.wepfer@sp-so.ch



Nach drei Jahren Erfahrung können wir Bilanz ziehen. Die Präsenz an der Messe lohnt sich in vielerlei Hinsicht. Jedes Jahr setzten wir andere Schwerpunkte. Waren es 2016 die Transparenz in der Politikfinanzierung und 2017 die Krankenkassenprämien, sammelten wir 2018 Unterschriften für die kantonale Initiative «Mehr Demokratie in den Gemeinden». Längst nicht jedes Gespräch wurde mit einer Unterschrift abgeschlossen. Das macht nichts, wir wollen ja einfach den Puls fühlen, Sorgen und Nöten unser Ohr leihen, Kritik und Lob hören oder ganz einfach bei einem Becher Solothurner Süssmost einen unbeschwerten Schwatz führen. Genau, zum Beispiel über Kuhhör-

ner. Wie bitte? Bei der SP lagen Flyer für die Kuhhorninitiative auf, über die wir im November abstimmen. Warum gabs denn keine Flyer gegen die Abschottungsinitiative oder gegen das unsägliche Observationsgesetz? Die Antwort ist einfach, sie waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht erhältlich... Und weiter gings im Gespräch über Kuhhörner. SP und Kuhhörner? So wie wir Menschen z. B. in einem Gespräch miteinander kommunizieren, tun dies in der Tierwelt die Kühe mit der Stellung ihrer Hörner gegenüber Artgenossinnen. Auch das sind Botschaften. Ohne Horn muss sich ein Tier gegenüber seinem natürlichen Verhalten komplett neu orientieren, teils mit gravierenden Nebenwirkungen.

Ab und zu gab es auch heftige Kritik an der SP. Das ist gut so. In den allermeisten Fällen konnten die Differenzen in einem klärenden Gespräch besprochen und manchmal ausgeräumt werden. Dabei war nicht zwingend die Einigkeit das Ziel, sondern es galt, aufeinander einzugehen, einander zuzuhören, auf Augenhöhe zu begegnen und sich gegenseitig ernst zu nehmen. Hinzu kommt zwingend eine Prise Humor. Auch deshalb

sind wir mit dem Motto angetreten: «Mach mit, weil Politik Spass macht».

1600 Ballone haben wir verschenkt. Das sind 1600 Botschaften, welche die Menschen aus ganz unterschiedlichen Gründen mit sich trugen. Zum Beispiel, weil sie Kinder sind und sie ein Ballon glücklich macht, oder weil sie es gut finden, dass wir hier unter die Leute gehen, uns nicht nur für sozial schwächere Menschen einsetzen, sondern auch für vom Menschen unterdrückte Viecher, die Demokratie stärken wollen und in jeder Hinsicht für Gerechtigkeit einstehen – ohne Wenn und Aber.

Oder ganz einfach, weil sie oder er von unserer Parteipräsidentin, unserer Regierungsrätin oder unserem Nationalrat einen Ballon Weisswein eingeschickt haben wollten. So geht das – reden miteinander – SP bi de Lüt.

Schweizer*in sein – was heisst das?



WAS HEISST ES, SCHWEIZER*IN ZU SEIN? DARÜBER WIRD HIERZULANDE OFT UND GERNE DISKUTIERT, NICHT SELTEN MIT GERADEZU «UNSCHWEIZERISCHER» LEIDENSCHAFT. DER FRAGE NIMMT SICH AUCH EINE VERANSTALTUNG DER SP-BUNDESHAUSFRAKTION AN. GAST IST UNTER ANDEREM DER ZÜRCHER HISTORIKER KIJAN ESPAHANGIZI, CO-PRÄSIDENT DES INSTITUTS NEUE SCHWEIZ (INES). INES WURDE 2016 GEGRÜNDET UND BEZEICHNET SICH ALS «POSTMIGRANTISCHEN THINK & ACT TANK IM AUFBAU, DER SICH FÜR EINEN EHRLICHEN NEUANFANG IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT SCHWEIZ EINSETZT».

Kijan Espahangizi, INES bezeichnet sich als «postmigrantischen Think&Act-Tank». Was versteht ihr unter postmigrantisch?

Die Gesellschaft hat sich auch aufgrund von Migration und Globalisierung in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert und pluralisiert. Das muss man weder gut noch schlecht finden, die Entwicklung lässt sich jedoch unter demokratischen Bedingungen nicht rückgängig machen. Daher braucht es einen neuen, realistischen Blick auf die Zukunft quer durch die politischen Lager, den wir «postmigrantisch» nennen. Trotz gewisser Fortschritte bewegen sich die migrationspolitischen Debatten in der Schweiz heute weiterhin im geistigen Rahmen von

vorvorgestern: hier das Schweizer Volk, das seine Überfremdung verhindern muss, da die Ausländer, die sich integrieren müssen. Diese Story mag zwar weiter machtvoll sein, aber an den sozialen Realitäten der tatsächlichen Bevölkerung in den Quartieren, Schulen, Betrieben etc. geht das Ganze immer mehr vorbei.

... und diesem Diskurs will INES also eine neue Richtung geben?

Rund um die Themen Migration und Integration hat sich in den letzten Jahrzehnten ein obsessiver Scheindiskurs entwickelt, der zu einer gefährlichen politischen Polarisierung der Gesellschaft beiträgt: Die einen bekennen sich zu Migration und Vielfalt, die anderen nicht, die einen sagen, Migration bereichere, die anderen sehen eine Bedrohung und so weiter. Dabei ist die gesellschaftliche Wirklichkeit mehrdeutig, voller Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten. Wir verstehen unter der postmigrantischen Perspektive einen Ansatz, der von dem ausgeht, was ist. Die eigentliche Frage ist, wie wir die Schweizer Demokratie im Zeitalter der Migration und Globalisierung weiter demokratisieren können, wie wir Teilhabe, Freiheit und soziale Gerechtigkeit im Bewusstsein globaler Zusammenhänge gestalten können, für alle, die da sind, und die, die noch kommen.

Was sind die konkreten Ziele von INES?

Ein Viertel der dauerhaften Wohnbevölkerung in der Schweiz besitzt kein hiesiges

Kijan Espahangizi,
Co-Präsident
des Instituts Neue
Schweiz (INES)



Bürgerrecht. Tendenz steigend, und das seit Jahrzehnten. Die individuellen Gründe hierfür mögen vielschichtig sein, auf gesellschaftlicher Ebene gibt es jedoch ein grundsätzliches Problem. Das Demokratiedefizit im Land geht tiefer als das Thema «Ausländerstimmrecht». Wenn ein so grosser und zudem wachsender Anteil der Gesellschaft schlicht nicht dazugehört, so ist das für die Demokratie als Ganzes eine grosse Gefahr. Wir müssen – nicht zum ersten Mal in der Geschichte – neue Antworten auf alte Fragen finden, etwa: Wer ist BürgerIn der Schweiz? Ohne einen grundlegenden Denk- und Kulturwandel bei diesen Fragen von Zugehörigkeit werden auch Politik und Gesetzgebung nicht aus der aktuellen Sackgasse rauskommen. Dafür braucht es nicht nur neue Gesetze und Institutionen, sondern auch neue Perspektiven, Erzählungen und Bilder. INES kann hier einen Beitrag leisten, durch Analysen, Expertisen, Vernetzungsangebote, Initiativprojekte und Kooperationen bei institutionellen Öffnungsprozessen sowie durch Interventionen in öffentlichen Debatten.



SCHWEIZER*IN SEIN – WAS HEISST DAS?

Eine öffentliche Veranstaltung der SP-Bundeshausfraktion

**Freitag, 16. November 2018, 20 – 21.45 Uhr, anschliessend Apéro
Kino Movie 1, Seilerstrasse 4, Bern (zu Fuss 5 Minuten vom Bahnhof
Bern in Richtung Inselspital) | Eintritt frei**

Mit **Kijan Espahangizi**, dem Co-Präsidenten von INES, der Waadtländer Nationalrätin **Ada Marra**, die jüngst das Buch «Tu parles bien français pour une Italienne!» veröffentlicht hat, **Grazia Tredanari** als Vertreterin der SP MigrantInnen sowie **Zoltan Doka**, Bereichsleiter Migration bei der Unia. Moderiert wird der Abend von Vizefraktionspräsident **Cédric Wermuth**.

Landesstreik

Die Schweiz im November 1918

Roman Rossfeld,
Christian Koller,
Bergitta Studer (Hg.)

Roman Rossfeld (links) und Christian Koller wollen mit ihrem Buch zum Landesstreik Leerstellen füllen.

Michael Arn

«Hinschauen, wo noch nicht hingeschaut wurde»

Pünktlich zum 100-jährigen Jubiläum des Landesstreiks erscheint das Buch «Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918». Der Sammelband beleuchtet das Schlüsselereignis der modernen Schweizer Geschichte neu. Thematisiert werden einerseits die Bedeutung des Landesstreiks für die politische Kultur der Schweiz und für die Beziehungen zwischen den Arbeitnehmenden und Arbeitgebern andererseits die Bedeutung des Ereignisses für den Aufbau des Sozialstaates und die damit verbundenen Debatten. «links» hat die beiden Herausgeber Christian Koller und Roman Rossfeld zu einem Gespräch getroffen.

Gesprächsleitung: Gisela Nyfeler, Projektleiterin #Landesstreik1918

«links»: Was interessiert Sie als Historiker am Landesstreik?

Rossfeld: Mich interessieren Krisen, weil sich in ihnen die Probleme und Spannungsfelder in einer Gesellschaft deutlich zeigen. Genau dies war beim Landesstreik der Fall. Das Ende des Ersten Weltkrieges war das Ende des Krieges, aber nicht das Ende der Krise.

Der Landesstreik wird als grösste Krise des schweizerischen Bundesstaats bezeichnet. Was muss ich mir darunter vorstellen?

Rossfeld: Das Bürgertum hatte im 19. Jahrhundert eine sehr starke, machtvolle Stellung im Bundesstaat und dominierte die Politik. Der Krieg führte jedoch zu starken Eingriffen in die bis anhin sehr liberale Wirtschaftspolitik. Viele wirtschaftsliberale Prinzipien wurden in Frage gestellt. Zudem verlor der

Freisinn mit der Durchsetzung des Proporzwahlrechts die Mehrheit und somit einen Teil seiner Gestaltungsmöglichkeiten. Alle diese Entwicklungen führten zu einer wachsenden Verunsicherung in breiten Kreisen der Bevölkerung.

Koller: Zugleich ist auch der internationale Kontext sehr wichtig. Ganze Reiche zerfielen. Man wusste nicht, was passieren würde. Würde die «rote Welle» nun von Russland bis nach Westeuropa überschwappen? Kollabierten die staatlichen Gewaltmonopole? In anderen Ländern brachen die Armeen auseinander. Es entstanden ideologisch imprägnierte, bewaffnete paramilitärische Gruppen, die aufeinander losgingen.

Und die Arbeiterschaft?

Rossfeld: In der Arbeiterschaft war die schwierige ökonomische Situation, die stei-

gende Teuerung und die zunehmende Verarmung immer breiterer Kreise, das zentrale Problem. Die wachsende Teuerung betraf nicht nur die Ernährung, sondern auch das Wohnen und die Bekleidung – und damit die gesamte Grundversorgung der Menschen.

Diese Verunsicherung lässt sich gut nachvollziehen.

Rossfeld: Umso mehr, wenn man bedenkt, dass in der Schweiz gleichzeitig Kriegsgewinne in Milliardenhöhe erzielt wurden. Es entstand eine zunehmende Spannung zwischen Arm und Reich beziehungsweise zwischen denjenigen, die sich mit Kriegsmaterialgeschäften bereicherten, und einer Arbeiterschaft, deren Löhne nicht mit der Teuerung mithielten.

Koller: Zugleich war die Krise aber auch eine Krise der Arbeiterbewegung. Diese war so stark wie nie zuvor, aber in sich zerstritten. Und man wusste 1918 noch nicht genau, welche Richtung bei einer Aufspaltung dominieren würde.

Worum geht es in Ihrem Buch?

Rossfeld: Wir hatten das Bedürfnis, auf Leerstellen in der Landesstreikforschung hinzuweisen. Dort hinzuschauen, wo noch nicht hingeschaut wurde. Das strukturiert



Jetzt für den Jubiläumsanlass
vom 10. November anmelden:
www.landesstreik1918.ch

das Buch. Bis anhin hatte man sich in der Forschung stark mit der Arbeiterschaft beschäftigt. Zum Streiken braucht es aber nicht nur Streikende, sondern auch Bestreikte. Deshalb schauen wir auch auf das Bürgertum. Zugleich ist uns auch die Geschlechtergeschichte wichtig. (Anm. d.R.: Siehe dazu das Gespräch mit Katharina Hermann «Frauen auf den Geleisen und in den Küchen», «links» Juni 2018.)

Koller: Ebenfalls wichtig sind uns die verschiedenen Regionen. Es gab grosse Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten. Nicht überall lief es so wie in Zürich. Aber es ist auch nicht so, dass ausserhalb von Zürich nichts passiert wäre. Grosse Unterschiede lassen sich zwischen den Sprachregionen finden. Im Tessin und in der Romandie hat man während des Kriegs mit den Entente-Mächten sympathisiert. Im November 1918 feierte man ihren Sieg. Das war in der Deutschschweiz nicht der Fall.

Rossfeld: Und schliesslich stellten wir auch die Frage nach der Gewaltbereitschaft. Wer verfügte im Streik über die Gewaltmittel? Es geisterte ja die Schlagzeile durch die Medien, die Schweiz hätte am Rand eines Bürgerkrieges gestanden. Ein Bürgerkrieg braucht aber zwei bewaffnete Parteien – und die Arbeiterschaft war weitgehend unbewaffnet. Die Gewaltmittel lagen bei der Armee und den neu gegründeten Bürgerwehren. Das ist auch der Grund, warum der Streik nach drei Tagen bedingungslos abgebrochen wurde – man wollte nicht zusammengeschossen werden.

Kann ich das Buch mit Gewinn lesen, auch wenn ich mich noch nicht mit dem Landesstreik auseinandergesetzt habe?

Koller: Die Einleitung gibt einen guten Überblick über die Ereignisse und bildet eine ausreichende Basis zum Verständnis der Artikel. Vorwissen ist nicht nötig. Das Buch richtet sich an alle, die sich für das Thema interessieren. Da es sich um einen Sammelband handelt, lassen sich die 15 bis 20 Seiten langen, bebilderten Beiträge nach Lust und Laune lesen.

Rossfeld: Es lohnt sich auch, das Buch zu lesen, wenn man die Entwicklungen in der schweizerischen Politlandschaft besser ver-

stehen will. Der Landesstreik war ein Moment, in dem die sozialen Spannungen nach dem Ersten Weltkrieg deutlich wurden. Das hat langfristig dazu geführt, dass seit den 1930er-Jahren anders miteinander umgegangen wurde und mehr kooperative Lösungen gesucht wurden.

Welche Bedeutung hat der Landesstreik für die SP?

Rossfeld: Der Landesstreik war prägend für die SP und ist bis heute wichtig für die Identität der Partei. Die neun Forderungen der Streikleitung lassen sich in drei zentrale Themenfelder bündeln: mehr politische Partizipation, grössere soziale Sicherheit und mehr soziale Gerechtigkeit. Diese drei Themenfelder sind bis heute Schlüsselthemen sozialdemokratischer Politik und bilden meines Erachtens wichtige Eckpfeiler für die Ausrichtung der Partei.

Koller: Der Landesstreik ist auch ein frühes Beispiel dafür, dass sozialpolitische Fortschritte häufig mit Bedrohungswahrnehmungen auf bürgerlicher Seite einhergehen. Das setzte sich am Ende des Zweiten Weltkriegs fort, als man ein «zweites 1918» fürchtete, und dann im frühen Kalten Krieg mit der Bipolarisierung der Welt.

Der Landesstreik ist kein herkömmlicher Streik, sondern gilt als politischer Massenstreik. Was ist das genau?

Koller: Darunter versteht man die Idee, das Aktionsmittel Streik auf die politische Arena zu übertragen. Die Arbeitnehmenden streiken dabei nicht, weil sie von den Arbeitgebern etwas wollen, sondern der Adressat ist der Staat. Man will politisch etwas durchsetzen oder verhindern.

Der Frauenstreik 1991, an dem rund eine halbe Million Frauen teilnahmen, war demzufolge auch ein politischer Massenstreik?

Koller: Ja, da wurde ganz klar Bezug genommen auf politische Anliegen. Es ging um die Forderung an die Politik, dass der Gleichstellungsartikel der Bundesverfassung, der bereits seit zehn Jahren existierte, endlich umgesetzt wird.

Folgt am 14. Juni 2019 mit dem nächsten Frauenstreik wieder ein politischer Massenstreik?

Rossfeld: Ein politischer Massenstreik lässt sich meines Erachtens nicht von oben herab organisieren, sondern er entsteht durch Frustration und Wut von unten. Um soziale Veränderungen oder mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen, scheint es notwendig zu sein, über Jahre einen zermürbenden, hartnäckigen Kampf zu führen. Nicht nur in der Schweiz.

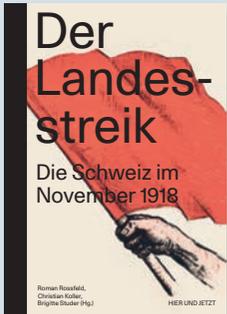
Kräfte aus anderen Kreisen wie Christoph Blocher interessieren sich auch für den Landesstreik. Warum?

Koller: Diese Exponenten äussern sich immer auch zu historischen Themen. Beim Aufstieg der Zürcher SVP in den 1990er-Jahren hat das mit dem Thema «Schweiz im Zweiten Weltkrieg» sehr gut funktioniert. Damals konnte man mit einem veralteten Geschichtsbild viele Menschen abholen. In jüngerer Zeit frage ich mich, ob das wirklich noch als mobilisierendes Element funktioniert. Beim Landesstreik versucht man, ein Geschichtsbild aus den 20er-Jahren wieder aufzuwärmen. Es geht vor allem darum, die eigenen Reihen zu schliessen, die eigene Wählerschaft in ihrem Denken zu bestätigen.

Rossfeld: Das erwähnte Geschichtsbild beinhaltet die These, der Landesstreik sei ein bolschewistischer Umsturzversuch gewesen. Diese These ist in der historischen Forschung seit Jahrzehnten vom Tisch. Rechte Kreise versuchen, den Landesstreik an der Person von Robert Grimm, dem Präsidenten des Oltener Aktionskomitees, festzumachen. Er wird als zentrale Figur in die Nähe russischer Revolutionäre gerückt. Das ist kein Zufall, sondern ein Versuch, nicht über andere Themen sprechen zu müssen. Sonst müsste man anerkennen, dass ein Grossteil der im Landesstreik gestellten Forderungen in den letzten Jahrzehnten umgesetzt wurden.

Christian Koller ist Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs und Titularprofessor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich. Er forscht unter anderem zu sozialen Bewegungen, Militärgeschichte und industriellen Beziehungen.

Roman Rossfeld ist Projektkoordinator des vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Forschungsprojektes «Krieg und Krise» zur Geschichte des schweizerischen Landesstreiks an der Universität Bern. Er forscht seit mehreren Jahren zur Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg.



Der Landesstreik
Die Schweiz im November 1918

Roman Rossfeld,
Christian Koller,
Birgitte Stauder (Hrsg.)
HER UND JETZT

VERLOSUNG

Wir verlosen 5 Exemplare von «Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918» vom Verlag Hier und Jetzt.
Teilnahme per Mail mit Angabe der Postadresse und dem Vermerk «Buch: Der Landesstreik» an landesstreik@spschweiz.ch
(Einsendeschluss: 5. November 2018)

«Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918» (2018)
456 Seiten, 110 Abbildungen, 28 x 20 cm, gebunden,
978-3-03919-443-8, CHF 49.–



Echte Männer weinen nicht

Am 14. Juni 2018 haben SP Schweiz, SP Frauen und JUSO gemeinsam das Frauenjahr lanciert. Die Forderungen sind klar: Die Lohngleichheit muss endlich umgesetzt, die alltägliche Arbeit von Frauen anerkannt und die Gewalt an Frauen gestoppt werden. An dieser Stelle werden wir regelmässig Hintergrundinformationen zu diesen Schwerpunktthemen liefern und über aktuelle Aktivitäten des Frauenjahrs informieren. Den Anfang macht JUSO-Präsidentin Tamara Funciello mit der Frage, welche Ursachen Männergewalt hat.*

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde viel über Gewalt an Frauen diskutiert, doch die Debatte kratzte nur an der Oberfläche. Klar, wir müssen darüber reden, dass «Nein» immer «Nein» bedeutet. Wir müssen diskutieren, wie wir gewaltbetroffene Frauen unterstützen und schützen können, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder ihren finanziellen Möglichkeiten. Vor allem müssen wir aber immer wieder sagen, dass Gewalt – ob nun an Frauen oder Männern – ein Männerproblem ist: 2017 waren laut der polizeilichen Kriminalstatistik 93,4 Prozent der Beschuldigten bei schweren Gewaltdelikten Männer. Man stelle sich vor, eine andere Gruppe wäre statistisch so auffällig!

Wir müssen deshalb vor allem auch darüber reden, welche Ursachen Männergewalt hat. Was führt dazu, dass Amokläufe fast aus-



Tamara Funciello,
Präsidentin JUSO Schweiz

schliesslich von Männern begangen werden? Warum sind es zu einem Grossteil Männer, die häusliche Gewalt ausüben? Und welchen Zusammenhang gibt es zwischen Männergewalt und unseren Vorstellungen davon, wie ein Mann zu sein hat?

«Toxische Männlichkeit»

Im englischsprachigen Raum wird schon seit geraumer Zeit ein Konzept diskutiert, das dazu Erklärungsansätze liefert: dasjenige der «toxischen Männlichkeit» (toxic masculinity). Damit ist mitnichten gemeint, dass alle Männer als Individuen «toxic», also giftig wären. Es geht vielmehr darum, dass wir als Gesellschaft bestimmte Vorstellungen von Männlichkeit haben und prägen, die nicht nur schädlich, sondern gefährlich sind – und zwar für alle Geschlechter. Trotzdem hinterfragen wir sie kaum. Das hat fatale Konsequenzen.

Echte Männer sind stark. Sie zeigen ausser Wut keine Emotionen, schon gar nicht öffentlich. Sie können und wollen immer Sex haben, reden nicht gerne über Probleme und beissen die Zähne zusammen, wenn sie Schmerzen haben. Echte Männer weinen nicht. Jack Urwin, der in seinem Buch «Boys don't cry» darüber spricht, wie Geschlechterstereotypen auch Männern schaden, erklärt das anhand des Todes seines Vaters: Dieser starb mit 51 überraschend an einem Herzinfarkt. In seiner Tasche fand man ein nicht verschreibungspflichtiges Medikament gegen Herzprobleme. Er wollte keinen Arzt aufsuchen, weil das unmännlich gewesen wäre.

Idealer Nährboden für Gewalt an Frauen

Männer haben im Schnitt eine tiefere Lebenserwartung, sie haben mehr Unfälle, sie suchen bei psychischen Problemen seltener Hilfe, sie wählen bei Suizidversuchen «aggressivere» Methoden und haben deshalb eine höhere Suizidrate als Frauen, obwohl sie weniger Suizidversuche begehen. Kurz: Toxische Männlichkeit ist tödlich. Aber nicht nur für Männer selbst, sondern auch für ihr Umfeld. Immer wieder bedrohen, verprügeln oder töten Männer ihre Partnerinnen. Hört man sich mal auf einem Spielplatz um, erstaunt das nicht mehr sonderlich: Wenn Paul im Sandkasten weint, wird ihm gesagt, er sei doch schon ein grosser Junge und grosse Jungen würden nicht weinen. Schlägt er später sein Spielgspänli mit einer Schaufel, kommt oft nur halbherzige Kritik (oder zumindest halbherzigere als gegenüber seiner Schwester) – Jungs

sind halt einfach etwas wilder. Das sind kurze Momente, die für sich alleine wohl nicht viel Schaden anrichten würden. Aber ein System, das diese Form von Männlichkeit immer und immer wieder reproduziert und glorifiziert, in dem Pausenplatzrangeleien ebenso unhinterfragt hingenommen werden wie die Umdeutung eines Mords aus Eifersucht zum «Liebesdrama», ein solches System ist der ideale Nährboden für Gewalt an Frauen. Denn diese Vorstellung von Männlichkeit verhindert oftmals, dass Jungen und Männer überhaupt Alternativen zu aggressivem Verhalten oder Gewalt lernen.

Machtungleichgewicht auflösen

Die andere Seite dieser «toxischen Männlichkeit» ist, dass alles als weiblich Assoziierte systematisch abgewertet wird. Das reicht von «Pussy» als Beleidigung für Männer, die vermeintlich schwach sind, bis zu einer strukturellen Unterbezahlung von klassisch weiblichen Berufsbranchen wie der Pflege. Das bedeutet aber nicht, dass Frauen und Männer dieselben Probleme hätten. Denn trotz aller Nachteile, die das Patriarchat auch für Männer bringt, haben Männer als gesellschaftliche Gruppe Macht, Frauen nicht. Männer besitzen einen Grossteil des weltweiten Vermögens und sie sind überall dort massiv übervertreten, wo Entscheide gefällt werden. Oder anders gesagt: Männer haben kein Problem, weil sie Männer sind. Sie haben nur dann ein Problem, wenn sie nicht diesem toxischen Männlichkeitsideal entsprechen. Wenn sie also Gefühle zeigen, sich um Kinder kümmern möchten oder Röcke tragen wollen, wenn sie nicht «männlich genug» sind. Frauen hingegen werden diskriminiert, weil sie Frauen sind.

Was heisst das nun? Wenn wir Gewalt an Frauen effektiv bekämpfen wollen, müssen wir dieses strukturelle Machtungleichgewicht auflösen. Genau deshalb ist die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen so bahnbrechend (vgl. Text nebenan). Sie hält fest, dass die ungleichen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern eine zentrale Ursache von Gewalt ge-

gen Frauen sind und diese Gewalt wiederum Geschlechterhierarchien aufrechterhält. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, müssen wir unser Bild von Männlichkeit verändern und Geschlechterstereotypen auflösen: Ich will, dass Männer Lippenstift zur Arbeit tragen können, wenn ihnen danach ist. Ich will, dass Kinder egal welchen Geschlechts im Feenkostüm Fussball spielen, wenn sie darauf Lust haben. Ich will in Filmen mehr weinende Männer und fluchende Frauen sehen.

Bahnbrechende Istanbul-Konvention

Die Schweiz hat 2017 das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (kurz: Istanbul-Konvention) ratifiziert. Die Konvention will geschlechtsspezifische Gewalt von Grund auf bekämpfen und das Recht von gewaltbetroffenen Personen auf Schutz und Unterstützung durchsetzen. Die Istanbul-Konvention ist aus zwei Gründen ein grosser Fortschritt: Erstens hält die Konvention – und damit alle Vertragsstaaten – fest, dass ungleiche Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern eine zentrale Ursache von Gewalt gegen Frauen sind und diese Gewalt wiederum die Machtverhältnisse aufrechterhält. Dass diese zentrale feministische Analyse so breit akzeptiert wird, ist bahnbrechend.

Zweitens hält die Konvention explizit fest, dass Massnahmen für alle gewaltbetroffenen Personen zugänglich sein müssen, ungeachtet «des biologischen oder sozialen Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, der sexuellen Ausrichtung, der Geschlechtsidentität, des Alters, des Gesundheitszustands, einer Behinderung, des Familienstands, des Migrantinnen- oder Flüchtlingsstatus oder des sonstigen Status» (Art. 4).

Das ist heute nicht der Fall. So sind viele Frauenhäuser (aufgrund eingeschränkter finanzieller Möglichkeiten) nicht behindertengerecht und Frauen, die auf der Flucht sexualisierte Gewalt erlebt haben, haben in der Schweiz keinen Anspruch auf Opferhilfe. Im Moment laufen Diskussionen darüber, welche Massnahmen Bund und Kantone nun ergreifen müssen. Im Rahmen des Frauenjahrs stellen wir den Kantonalparteien Mustervorstösse zur Verfügung, mit denen der Handlungsbedarf in den jeweiligen Kantonen abgeklärt werden soll. Interessierte können sich bei nina.huesser@spschweiz.ch melden.

Nina Hüsler, Projektleiterin Frauenjahr

FRAUENJAHR.CH



Engagierte Brückenbauerin

DIE NEUEN WEGE HABEN SEIT LETZTEM MAI EIN NEUES ERSCHEINUNGSBILD. DIE RELIGIÖS-SOZIALISTISCHE ZEITSCHRIFT FORDERT VON DER LINKEN EINE STÄRKERE AUSEINANDERSETZUNG MIT RELIGIÖSEN THEMEN.

Die Neuen Wege gehören zu den ältesten Zeitschriften der Schweiz. Gegründet wurden sie 1906 in Zürich von politisch engagierten Theologen rund um Leonhard Ragaz. Das Ziel: Brücken bauen zwischen theologischen und religiösen einerseits und linken gesellschaftlichen Diskursen andererseits. Die Monatszeitschrift ergriff über die Jahre immer wieder Position in bedeutenden gesellschaftlichen Debatten. Für die Arbeiterschaft etwa, als sie sich 1918 zum Landesstreik bekannte, in jüngster Zeit für eine menschliche Migrationspolitik oder für mehr Verantwortung gegenüber dem globalen Süden. Denn die Neuen Wege sind nicht nur ein publizistisches Projekt, sie sind auch ein politisches Projekt.

Bis vor kurzem kannte man die Neuen Wege als orangerote, etwas altmodisch aussehende Zeitschrift. Seit letztem Mai haben sie ein neues, grafisch schön gestaltetes Layout, das von Ausgabe zu Ausgabe ändert. «Mit der Neugestaltung wollen wir eine neue Runde einläuten und sagen: Wir glauben an die Neuen



Andrea Bauer, Redaktorin «links»

Wege», sagt Matthias Hui, der zusammen mit Laura Lots die Redaktionsleitung innehat. Um Printausgabe und Webseite erneuern zu können, suchte die Redaktion Geld und wurde bei Kirchen und Stiftungen fündig.

Religion nicht den Rechten überlassen

Wie aber funktioniert die Verbindung mit der politischen Linken? Religiöse Themen stehen bei den meisten Linken bekanntlich nicht im Vordergrund. Die Linke sei längst nicht mehr an dem Punkt, wo alle finden, Religion sei von vorgestern, sagt Matthias Hui. Im Gegenteil: Es gebe einen grossen Bedarf, sich mit religiösen Themen auseinanderzusetzen, das hätten jüngst auch die Reaktionen auf die Islam-Tagung der SP gezeigt. Diese Auseinandersetzung sei wichtig, denn: «Wenn wir die Religion aus der Linken verdrängen, überlassen wir sie der Rechten. Und das kann katastrophale Konsequenzen haben», sagt Hui. Die Neuen Wege sehen es denn auch als eine ihrer Aufgaben, die Auseinanderset-

zung mit der Religion für die Linke zu führen. Und zwar nicht nur aus theologischer Perspektive, sondern auch mit sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Analysen.

In den religiösen Institutionen würde die politische Linke auch interessante Bündnispartner finden, sagt Matthias Hui. Ein Beispiel dafür ist die Konzernverantwortungs-Initiative, der sich die aktuelle Ausgabe der Neuen Wege widmet. Unzählige kirchliche Institutionen und christliche Hilfswerke sind im Komitee der Initiative vertreten und engagieren sich für die Kampagne. Viele von ihnen haben starke Beziehungen zum globalen Süden, wovon die Politik profitieren kann. Und auch bezüglich der Migrationspolitik findet die politische Linke in den kirchlichen Institutionen Verbündete.

Kritik an den Institutionen

Die Neuen Wege haben jedoch seit jeher auch immer wieder Kritik an den religiösen Institutionen geübt. Dass sie diese Haltung beibehalten wollen, zeigen sie nicht zuletzt mit ihrem neuen Untertitel «Religion. Sozialismus.Kritik». In Zukunft will man die Kritik sogar noch etwas verstärken und mithilfe der Sozialen Medien mehr Debatten lancieren. Auch die SP dürfte ruhig etwas mehr Kritik an den Kirchen üben und sich einmischen, findet Matthias Hui: «Anstatt die Kirchen als gesellschaftliche Kräfte zu behandeln, wie sie es bei anderen Verbänden tut, übt sie sich in vornehmer Zurückhaltung.» Vielmehr sollte die SP versuchen, ihren Einfluss innerhalb der religiösen Institutionen geltend zu machen. Damit würde sie auch die Linken, die sich in diesen Institutionen engagieren, unterstützen. Von ihnen gibt es laut Matthias Hui mehr, als man denken würde. Viele dieser Leute gehören zur Leserschaft der Neuen Wege. Die Zeitschrift bietet ihnen intellektuelle Auseinandersetzung, gemeinsame Reflexion und damit eine gedankliche Heimat.

Daran glauben allein reicht noch nicht: Wer die Neuen Wege unterstützen möchte, kann mit der Karte in der Heftmitte ein Probeabo oder ein Abo bestellen und am besten gleich auch noch eins verschenken.



Seit Mai mit neuem Erscheinungsbild: die Neuen Wege.

MÄNNERSTIMMEN GESUCHT

Im gemischten Chor Tigersprung treffen sich ca. dreissig denk- und singfreudige Menschen im Alter von 60 plus. Wir singen deutsch- und fremdsprachige linke Lieder der Arbeiter- und Frauenbewegung. Der Chor tritt öffentlich auf. Wir freuen uns auf Verstärkung von Männerstimmen.

Das Gedächtnis des Gesangs: Wenn wir unsere Lieder auswendig lernen, geht es nicht um mechanisches Hirntraining gegen Vergesslichkeit oder darum, das Vergangene zu glorifizieren oder darin zu schwelgen. Mit unserem Gesang machen wir hörbar und spürbar, was einmal anders hätte sein können. Tigersprung bedeutet für uns in Anlehnung an den Kulturphilosophen Walter Benjamin (1892 – 1940) historische Bruchstellen zu vergegenwärtigen.

Proben finden montags, 18 – 20.30 Uhr beim Helvetiaplatz in Zürich statt. Chorleitung: Ines Bauer (044 262 32 58, ines.bauer@bluewin.ch)



MARSCH FÜR MENSCHENRECHTE

Vom 4. bis zum 10. November 2018 findet der Marsch für Menschenrechte statt. Der Marsch will ein Zeichen setzen gegen die Selbstbestimmungsinitiative. Die Initiative gibt vor, die Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz vor fremden Vögten zu schützen. Doch unter dem Deckmantel der Selbstbestimmung ist die Initiative ein Angriff auf unsere Menschenrechte. Wer sieben Tage am Stück oder eine Tagesetappe von der Wiege der Schweiz, dem Rütli, zum Bundesplatz in Bern mitmarschieren möchte, kann sich anmelden unter www.campax.ch/marsch-fuer-menschenrechte.

AGENDA 2018

2./3. NOVEMBER

Funktionär*innenschulung für Mitarbeitende und Präsidien von Kantonalparteien zu den Wahlen 2019, Murten

10. NOVEMBER

Jubiläumsanlass Landesstreik 1918, 14 – 16 Uhr, Olten

16. NOVEMBER

«Die Fraktion lädt ein»
Postmigrantische Schweiz
Kino Movie, Bern

1./2. DEZEMBER

Parteitag, Brugg/Windisch AG

www.spschweiz.ch/agenda

Die SP Schweiz sucht für den Zeitraum vom 8. April bis zum 8. November 2019

MEHRERE REGIOLEITER*INNEN FÜR DIE WAHLKAMPAGNE 2019 (70 – 80%)

mit Arbeitsorten in diversen Kantonen der Deutschschweiz.

Dein Aufgabengebiet: Du führst im Rahmen der nationalen Basiskampagne ein Team von fünf bis sechs angestellten Campaigner*innen, welche die Freiwilligenarbeit der SP in den Kantonen organisieren und unterstützen. Dein Hauptaufgabengebiet ist die Leitung dieses Teams. Du besprichst wöchentlich mit den Campaigner*innen die nächsten Aufgaben, berätst sie bei Problemen und hilfst immer dann, wenn das Projekt nicht effizient voranschreitet. Du trägst die Verantwortung für die Basiskampagne in mehreren Kantonen und bist bestrebt, das Projekt in den kantonalen SP-Gremien zu erklären und zu verankern. Du bist regelmässig an den Arbeitsorten der Campaigner*innen und kennst die Herausforderungen für das Projekt in den verschiedenen Kantonen.

Dein Profil

- Du verfügst über ausgeprägte organisatorische Fähigkeiten und bist belastbar.
- Du behältst stets den Überblick und übernimmst gerne die Hauptverantwortung für grosse Projekte.
- Du arbeitest sehr zuverlässig, selbstständig und systematisch.
- Du hast ausgeprägte kommunikative Fähigkeiten und bist ein guter Teamplayer.
- Du bist motiviert mit Freiwilligen zu arbeiten und bringst Erfahrung in diesem Bereich mit.
- Du bist flexibel und hast keine Mühe mit unüblichen Arbeitszeiten und zeitweise hoher Arbeitsbelastung.
- Du hast grundlegende IT-Kenntnisse (Textverarbeitung/Webanwendungen).
- Du bist mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie vertraut und teilst diese.

Von Vorteil sind zudem Erfahrung in der Personalführung, in Abstimmungs- und Wahlkämpfen und/oder in der Parteipolitik sowie erweiterte Informatikkenntnisse (Excel, Datenbanken u.ä.).

Unser Angebot: Wir bieten eine vielseitige und spannende Tätigkeit im Rahmen eines innovativen Projekts, ein angenehmes Arbeitsklima, ein motiviertes Team sowie angemessene Anstellungsbedingungen und Sozialleistungen. Simon Roth (simon.roth@spschweiz.ch), Rekrutierungsverantwortlicher der Basiskampagne, erteilt gerne weitere Auskünfte.

Schicke deine Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bis am **10. November 2018** in elektronischer Form (PDF-Dokument) an bewerbungen@spschweiz.ch.

Die Kantonalparteien der SP Schweiz suchen für den Zeitraum vom 29. April bis 29. Oktober 2019

MEHRERE CAMPAIGNER*INNEN FÜR DIE WAHLKAMPAGNE 2019 (60 – 80%)

mit Arbeitsorten in diversen Kantonen der Deutschschweiz.

Dein Aufgabengebiet: Als Campaigner*in bist du, eingebettet in die nationale Basiskampagne, für Organisation und Unterstützung der Freiwilligenarbeit in deinem Einsatzkanton zuständig. Ziel der Basiskampagne ist die Einbindung von Parteimitgliedern und weiteren Freiwilligen in die Wahlkampagne.

Dein Profil

- Du verfügst über ausgeprägte organisatorische Fähigkeiten und bist belastbar.
- Du behältst stets den Überblick und übernimmst gerne Verantwortung für grosse Projekte
- Du arbeitest sehr zuverlässig, selbstständig und systematisch.
- Du hast ausgeprägte kommunikative Fähigkeiten und vermagst Menschen zu begeistern
- Du arbeitest gut im Team
- Du bist motiviert mit Freiwilligen zu arbeiten und bringst Erfahrung in diesem Bereich mit
- Du bist flexibel und hast keine Mühe mit unüblichen Arbeitszeiten und zeitweise hoher Arbeitsbelastung
- Du hast grundlegende IT-Kenntnisse (Textverarbeitung/Webanwendungen)
- Du bist mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie vertraut und teilst diese

Von Vorteil sind Erfahrung in der Organisation von Anlässen, in Abstimmungs- und Wahlkämpfen und/oder in der Parteipolitik sowie erweiterte Informatikkenntnisse (Arbeit mit Datenbanken). Idealerweise hast du einen Auto-Führerschein.

Unser Angebot: Wir bieten ein tolles Team, die Mitarbeit in einem spannenden Politik-Projekt mit Pioniercharakter, Einblicke in eine nationale Wahlkampagne sowie eine faire Entlohnung.

Simon Roth (simon.roth@spschweiz.ch), Rekrutierungsverantwortlicher der Basiskampagne, erteilt gerne weitere Auskünfte. Wichtig: Teile uns bei deiner Bewerbung bitte mit, welche Kantone für dich als Arbeitsort in Frage kommen und welches dein bevorzugter Einsatzort ist. Schicke deine Bewerbung bis am **30. November 2018** in Form eines PDF-Dokuments an bewerbungen@spschweiz.ch

Die Stellen werden teilweise auch in den entsprechenden Kantonen durch die jeweiligen SP-Kantonalparteien ausgeschrieben. Eine doppelte Bewerbung ist nicht notwendig.

Das work-Frauen-Bilder-Lesebuch erzählt und zeigt:

- Der grosse Lohnschiss an den Frauen in Franken und Rappen
- Wie aus Pussyhats auch #MeToo wurde
- Die Schweizer Frauenpower-Ikonen
- Das Frauenwunderland Island
- Das grosse Bundesrätinnen-Schrumpfen
- Auf dem Weg zum zweiten Frauenstreik ...und vieles andere mehr!

Ein Buch so bunt wie die Frauenbewegung!



Jetzt gratis bestellen per Mail an frauen@unia.ch oder brieflich an Unia-Zentralsekretariat, Abteilung VIP, Postfach 272, 3000 Bern 15

TAGUNG «ZUKUNFTSGERICHTETE DROGENPOLITIK»

24. November 2018, 10 bis 16 Uhr, Progr Bern

Wo stehen wir heute mit unserem gesellschaftlichen und politischen Umgang mit Drogen? Hat sich unsere Viersäulenpolitik (Prävention, Therapie, Schadensminderung, Repression) – die im November vor zehn Jahren vom Volk klar bestätigt wurde – bewährt, oder haben wir international den Anschluss verpasst? Welche Herausforderungen kommen auf uns zu? Welche Wege wollen wir beschreiten?

Detailprogramm sowie Anmeldung (Anmeldeschluss 14. November) unter: drogenpolitik2018.ch

Für die Teilnahme inklusive Verpflegung wird ein Unkostenbeitrag von 30 Franken erhoben.

Es diskutieren

- **Thilo Beck** (ARUD Zürich)
- **Sandro Cattacin** (Eidg. Kommission für Suchtfragen, Universität Genf)
- **Rahel Gall** (Contact Bern)
- **Stefanie Knocks** (Fachverband Sucht)
- **Ray Knecht** (Fachgruppe Gassenarbeit Avenir Social, Dozent)
- **Marieke Kruit** (Stadträtin SP Bern, eidg. anerkannte Psychotherapeutin)

Moderation:

Flavia Wasserfallen (Nationalrätin SP)

